Regierungsratsbeschluss vom 01. Dezember 2020

Interpellation Nr. 122 Pascal Messerli betreffend Bundesgelder für die Sicherheit der jüdischen Glaubensgemeinschaft; schriftliche Beantwortung **P205394**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung
Der Regierungsrat ist überzeugt, dass beim Schutz der Minderheiten neben den Kantonen auch der Bund in der Verantwortung steht. Er hat in seiner Vernehmlassungsantwort den Entwurf der Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) und die darin vorgesehene Möglichkeit, Finanzhilfen an Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts mit besonderen Schutzbedürfnissen auszurichten, ausdrücklich begrüsst. Gleichzeitig hat er im Wissen um die hohen Kosten der Sicherheitsmassnahmen aber angemahnt, dass die mit der Verordnung verfolgten Ziele mit jährlichen Finanzhilfen in der Grössenordnung von maximal 500'000 Franken wohl kaum erreicht werden können.